

Bezugspreis:

5 Reichsmark, 30.— Mk., monatl. 10.— Mk.,  
für ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezugs monatlich 10.— Mk., evtl. Zu-  
stellungsgeld. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich 16.50 Mk.,  
für das übrige Ausland bei täglich  
einmal, halbjährlich 21.50 Mk. Post-  
bestellungen nehmen an Österreich,  
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz. — Eingetragene in  
die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochen-  
weise zweimal: Sonntags und Mont-  
tags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelnenpreis:

Die achtgepaltene Konportregelle  
folgt: 2.— Mk., Fernungszuschlag 50%  
„Kleine Anzeigen“, das ist  
gedruckte Wort 1.— Mk. (täglich zwei  
letzte druckte Worte), jedes weitere  
Wort 50 Pfg., Stellenangebote und  
Schließanzeigen das erste Wort  
45 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg.,  
Worte über 15 Buchstaben zählen für  
zwei Worte, Fernungszuschlag 50%  
Familien-Anzeigen für Wohnanzeigen  
Zelle 2.— Mk., politische und ge-  
werkschaftliche Verzeichnisse  
2.— Mk., die Zelle ohne Aufschlag,  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 3 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW. 3, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Beifolgt  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.  
Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 2. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.  
Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 11753—54.

## Das Ende von Minst.

London, 1. September. „Daily Mail“ meldet aus Warschau,  
daß der Rest der polnischen Delegation aus Minst zurück-  
gerufen worden sei. Die bolschewistischen Delegierten seien  
nach Moskau zurückgekehrt. Keine der beiden Delega-  
tionen hätte einen Waffenstillstand vorgeschlagen.

### Immer die „strategischen“ Erwägungen.

Washington, 1. September. (WZB.) Die polnische Ant-  
wort auf Staatssekretärs Calkins letzte Note ist eingegangen. Wie  
verlautet, geht sie dahin, daß strategische Erwägungen für  
den von Polen einzuschlagenden Weg maßgebend sein müßten.  
Dem amerikanischen Wunsch, daß das russische Gebiet ge-  
achtet werden möchte, wird zugestimmt, doch legt die polnische  
Antwort dar, Polen sei genötigt, die ersten Folgen zu erwägen, die  
sich ergeben würden, wenn die polnische Gegenoffensive an einer be-  
stimmten Linie zum Stillstand gebracht würde, ohne daß be-  
friedigende Garantien von der Sowjetregierung gegeben  
würden. Die Antwort weist ferner auf die Tatsache hin, daß die  
Grenzen Polens von den Bolschewisten verletzt wurden, obwohl  
die englische Regierung die Sowjetregierung aufgefordert hatte, an  
den ethnographischen Grenzen Polens Halt zu machen.

### Polnischer Siegesbericht.

Kopenhagen, 2. September. (WZB.) Nach einem War-  
schauer Privattelegramm der „Nationaltidende“ heißt es in dem  
polnischen Heeresbericht: Am 29. marschierten unsere  
Truppen in Augustow unter dem Jubel der Bevölkerung ein.  
Im Abschnitt Bialystok weicht der Feind vor unserem Druck  
andauernd nach Osten zurück. Sokolka, Grobel und Karem  
sind genommen. Eine bolschewistische Abteilung, die bei der  
Stagion Malanarowa Widerstand versuchte, mußte in wilder Panik  
flüchten und über tausend Gefangene zurücklassen. Im Abschnitt  
Brest-Litowsk herrscht Ruhe. Bei Jamsk leisteten unsere  
Truppen gegen die Kavallerie Dubjennys heftigen Wider-  
stand. Die Stadt Grabowice, die zeitweilig vom Feinde besetzt  
war, wurde von den Polen durch einen Gegenangriff zurückerobert.  
Westlich von Lemberg ist die Lage unverändert, hartnäckige  
feindliche Angriffe gegen Tschewtsche und Zadowerze wurden zurück-  
gewiesen mit schweren Verlusten für den Feind. Die Gegend von  
Jubaczew und Chodorow ist von Bolschewisten befreit. Die  
ukrainische Offensive nimmt eine erfolgreiche Entwicklung.

### Polnische Siegesmeldung aus Galizien.

Kopenhagen, 1. September. (WZB.) Nach einem Telegramm  
aus Warschau meldet der polnische Heeresbericht: Die  
polnisch-ukrainischen Truppen haben den größten Teil von Ost-  
galizien befreit und sind jetzt Herr des ganzen linken Ufers

## Die „Kleine Entente“.

### Eine Rede des Ministers Benesch.

Brag, 1. September. (WZB.) In der heutigen Sitzung des  
ständigen Ausschusses sagte Minister des Reiches Dr. Benesch  
u. a.: Das Abkommen zwischen der Tschechoslowakei, Süd-  
slawien und Rumänien ist ein politisch außerordentlich bedeutendes  
Faktum. Die Politik der tschechoslowakischen Republik ist überall  
und immer friedliebend und gegen eine Intervention  
gerichtet gewesen, und dieselbe Idee ist auch bei der so ge-  
nannten Kleinen Entente zwischen uns, Rumänien und  
Südslawien leitend gewesen.

Die allgemeine politische Lage in Europa ist heute schwie-  
rig, und wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben, daß binnen  
kurzem eine völlige Aenderung eintreten wird. Die europäische  
Lage wird auch weiterhin und vielleicht noch lange Zeit hindurch  
von einzelnen großen politischen Blöcken bestimmt werden, und zwar  
zuerst von dem Ententeblock im Westen, dem deutschen  
Block im Norden und dem russischen Block im Osten. Man  
darf voraussetzen, daß trotz aller politischen Schwierigkeiten die  
Einigkeit im Westblock auch weiterhin aufrechterhalten wird. Der  
deutsche Block strebt heute namentlich eine Konsolidie-  
rung im Innern und die Heilung der Wunden an, die ihm der Krieg  
verfehrt hat; er verfolgt jedoch die Ereignisse in  
Europa aufmerksam, um zu geeigneter Stunde mit  
seiner Kraft in die internationalen Verhält-  
nisse eingzugreifen und in der Politik Europas  
jene Rolle zu spielen, die seiner Stärke ange-  
messenen ist. Den dritten Block bilden die Russen. Wir  
und unsere Verbündeten können einstweilen zur russischen Frage nur  
einen abwartenden Standpunkt einnehmen.

Der Wortlaut des Vertrages mit Südslawien wird in der aller-  
nächsten Zeit veröffentlicht werden. Da die Verhandlungen mit  
Rumänien ganz neuen Datums sind, werden einige Fragen in ihren  
Einzelheiten noch geprüft werden müssen. Es wurde im ganzen  
auch mit Rumänien ein Einvernehmen in unserer zukünftigen  
Beziehungen und in unserer Gesamtpolitik herbeigeführt. Die Reu-

des Dnjepr. Sie setzen die Verfolgung der Bolschewisten fort. In  
der Gegend von Przemyslany haben die Polen die Sowjet-  
truppen auseinandergeprengt. Die ukrainischen Truppen  
haben bei ihrem Uebergang über den Dnjepr südlich von Buczarg  
die bolschewistischen Abteilungen zum schnellen Rückzug gezwungen.  
Auf der Nordfront setzen die polnischen Truppen ihren Vormarsch  
gegen Grodno fort.

### Wrangel meldet Siege . . .

Kopenhagen, 2. September. (WZB.) Die hiesige antibolsche-  
wistische „Gefandtschaft“ hat von General Wrangel folgendes  
Telegramm erhalten, das vom 31. August datiert ist: Auf der  
Kubanfront ist die ganze Halbinsel Taman besetzt. Bei  
Olginssk haben wir eine rote Division geschlagen und 3000 Ge-  
fangene gemacht. Die Operationen verlaufen erfolgreich. General  
Kutepow ist nördlich von Tauris zur Offensive übergegangen.  
Die Aufrehrer halten nördlich von Donez die Verbindungswege  
besetzt in der Gegend von Zelaterinoslaw und belagern  
Odeffa.

### . . . Andere melden das Gegenteil.

Paris, 1. September. (WZB.) „Chicago Tribune“ berichtet,  
daß in der Nord-Arm die Armee des Generals Wrangel vor  
den heftigen Angriffen der Bolschewisten langsam  
zurückgehe. Der Rückzug des rechten Flügels des Generals  
sei durch zwei Kavalleriedivisionen bedroht. Die Bolschewisten  
griffen heftig an, hätten den Dnjepr überschritten und  
seien in Kalska angekommen.

### Wrangel verhandelt mit Polen.

Paris, 2. September. (WZB.) Nach einer Meldung der „In-  
formation“ aus Warschau finden augenblicklich zwischen dem Ab-  
gesandten des Generals Wrangel, Weglow, und den Polen  
in Warschau Verhandlungen statt über ein gemein-  
sames Vorgehen der polnischen Truppen mit denen des Ge-  
nerals Wrangel.

### Ein Sowjetschlachtschiff gesunken.

Paris, 2. September. (WZB.) Nach einer Radiomeldung aus  
Helsingfors soll auf der See von Kronstadt an Bord des Sowjet-  
schlachtschiffes Rote Morgenröte sich eine Explosion ereignet  
haben, durch die 130 Mann der Besatzung getötet worden seien.  
Das Schiff sei gesunken.

### Kommunistenkongreß in Waku.

Paris, 1. September. (WZB.) Laut einer Radiomeldung aus  
Waku ist dort ein kommunistischer Kongreß der Ost-  
böcker zusammengetreten, an dem 4000 Delegierte teilnehmen.

tralität im russisch-polnischen Konflikt ergab sich von selbst aus  
unserer bisherigen Politik. Meldungen, daß die französische  
Regierung mit der magyarischen Regierung ein Abkommen  
getroffen hätte, bei welchem nachbarliche Interessen und insbe-  
sondere auch die ungenigen in territorialer Beziehung berührt  
würden, sind unrichtig.

Die Erklärung des Ministers wurde mit allen tschechi-  
schen Stimmen zur Kenntnis genommen, die National-  
demokraten (Die Partei des Dr. Aramarsch. Die Red.) ent-  
fernten sich während der Abstimmung.

### Debatte über das Gultschiner Ländchen.

Bei der Verhandlung des Berichtes über die Ausdehnung der  
Rüstungsgeetze auf das Gultschiner Ländchen wandten sich die  
deutschen Redner gegen die Aushebungen in  
Gultschin. Senator Professor Spiegel sagte: Die Gultschiner  
Deutschen hätten noch das Optionsrecht für Deutschland,  
welches Recht auch den Ausgehobenen nicht genommen werden  
sollte. Mindestens die Hälfte der Stellungspflichtiger  
werde sich der Stellung durch die Option entziehen, so daß die  
Wirkung des Gesetzes eigentlich unbedeutend sei. Der An-  
trag des Senators Spiegel, die Abstimmung zu vertagen, wurde  
abgelehnt und die Verordnung genehmigt. Senator Spiegel stellte  
dann den Antrag, die Aushebungen im Gultschiner Ländchen zu  
verschieben. Der Minister für nationale Verteidigung Ra-  
kowitz erklärte, daß er die vorgetragenen Gründe anerkenne  
und daß die Regierung die Verzögerung entgegennehme, daß die Aus-  
hebungen nicht vor den Wahlen dort durchgeführt werden  
sollen. Darauf wurde der Antrag des Senators Spiegel an-  
genommen.

### Italien gärt.

Paris, 2. September. (WZB.) Nach einer Meldung aus Rom  
haben die Metallarbeiter von Turin, die gestern zur Arbeit er-  
schienen waren und die Betriebe geschlossen fanden, sich ihrer Be-  
mächtigt.

## Diktatur des Unverstands.

### Die Diskussion über Moskau.

Die Diskussion über Moskau dauert in der U. S. V.  
mit gleicher Festigkeit an. Unter der Überschrift „Das Er-  
gebnis von Moskau“ nimmt in der heutigen „Freiheit“ der  
Unabhängige Braunschweiger Ministerpräsident Sepp  
Dertter Stellung zu der Frage „Demokratie und Diktatur  
des Proletariats“ und vertritt zunächst die Ansicht, daß die  
Moskauer Politik schwankend sei und schwankend sein  
müsse, weil ihre Macht sich nicht auf sozialistische Grund-  
sätze und Mittel, sondern auf durchaus reaktionäre  
Mittel stütze. Moskaus Bedingungen seien „Siegerbedin-  
gungen im Geiste der Ludendorffe und Hinden-  
burge — nicht sozialistische Bedingungen“. Das sei un-  
sozialistisch und reaktionär. Die „proletarische“  
Diktatur Russlands wird von Sepp Dertter in folgender  
Weise charakterisiert:

Der Bolschewismus und mit ihm der Kommunismus  
ist vor allem über eine durchaus bourgeoise und reaktio-  
näre Auffassung des Begriffes der Diktatur nicht hinausge-  
kommen und deshalb macht er den Begriff Diktatur des Proletariats  
zu einer Karikatur. Er stellt Demokratie und Herrschaft des  
Proletariats als unüberbrückbare Gegensätze hin, was sie nicht sind.

Das ist Wort für Wort die seit jeher vom „Vorwärts“  
vertretene Auffassung. Noch deutlicher sind folgende Worte  
Dertters:

In Rußland haben wir noch keine Diktatur des Prole-  
tariats, keine Herrschaft der Arbeiterklasse. . . . In  
Rußland haben sich die Kommunisten — die Bolschewisten —  
im Jahre 1917 unter Ausnutzung günstiger Umstände hand-  
reichartig der Herrschaft bemächtigt. Sie haben eine kommu-  
nistische Diktatur auch über die große Mehrheit der Arbeiterschaft  
aufgerichtet.

Wenn die Unabhängigen in der Polemik gegen die  
„Rechtssozialisten“ ganz besonders gewillt sein wollen, so  
pflegen sie über das „Bonzenium“ innerhalb der Sozialdemo-  
kratie zu spotten. Auch zu diesem Thema weiß Sepp Dertter  
einige Worte zu sagen, die gewiss den Führern in der U. S. V.  
wenig angenehm klingen dürften:

Die Diktatur der russischen Kommunisten ist aber auch  
weniger eine Diktatur der Partei als der Partei-  
führer. Und weil es — um diesen Ausdruck, der ja so sehr im  
Sprachgebrauch der Kommunisten (leider auch vieler Unabhängiger!  
Redaktion des „Vorwärts“) liegt, zu gebrauchen — eine  
Bonzenidiktatur ist, deshalb muß diese Diktatur zu allen  
reaktionären Mitteln greifen, um sich gegen die Mehrheit  
des russischen Volkes zu halten. Deshalb der Militarisismus,  
der Terror, die Unterdrückung der Pressefreiheit. Und  
diese reaktionären Mittel werden nicht nur angewandt gegen die  
russische Bourgeoisie, sondern auch gegen jene russischen Arbeiter-  
und Arbeiterparteien, die man, weil sie nicht bolschewistisch sind, in  
bequemere Weise als gegenrevolutionär und antisozialistisch be-  
zeichnet.

Von besonderem Interesse sind die positiven Ausführun-  
gen, die Sepp Dertter über seine Auffassung von der Erin-  
gung der politischen und ökonomischen Herrschaft macht:

Ich will einmal versuchen, den sozialistischen Begriff der  
Diktatur — wir brauchen dieses bürgerliche Wort überhaupt nicht  
zu benutzen, sondern die Sache sagen: Herrschaft (das klingt frei-  
lich nicht so radikal) — des Proletariats aufzuschreiben. Die Ueber-  
führung der Produktionsmittel aus dem Besitz der  
Privatkapitalisten in den Besitz der Allgemeinheit  
kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Sie muß dazu  
in bewußten Klassenkampf die politische Macht er-  
obern. Zur Eroberung der politischen Macht muß sich die Arbeiter-  
klasse aller Mittel des proletarischen Klassenkampfes, der wirtschaftli-  
chen, politischen und parlamentarischen, bedienen, und damit  
auch demokratischer Mittel. Ausgeschlossen sind für den  
proletarischen Befreiungskampf alle reaktionären Mittel. Ist das  
Ziel des Klassenkampfes — die Eroberung der politischen  
Macht — erreicht, dann beginnt die Herrschaft des Prole-  
tariats; d. h. die Arbeiterklasse wird allein bestimmend für die Be-  
haltung der politischen, wirtschaftlichen und  
sozialen Verhältnisse sein. Die Gegner der Arbeiter-  
klasse werden das Objekt der Gesetzgebung. Die Herr-  
schaft der Arbeiterklasse wird um so gesicherter sein, je sozialistisch  
gekärter und breiter die Massen sind, die hinter dieser Herrschaft  
stehen. Sie muß also eine breite Grundlage in der Masse des  
Volkes haben. Zur Verteidigung dieser Herrschaft wird niemand  
die Masse des Volkes nach innen und außen bereit sein. Eine solche  
in einer breiten sozialistischen Masse gesicherte Herrschaft der  
Arbeiterklasse kann allein an die historische Aufgabe des Proletariats  
herangehen: den Klassenstaat durch die Ueber-  
führung der Produktionsmittel in den Besitz der  
Allgemeinheit zu zerstören und die Klassenlose Gesell-  
schaft des Sozialismus aufzurichten, die eine wirklich demokratische  
Gestaltung des Staates ermöglicht.

Diese marxistische Auffassung von der Gestaltung der  
Machtverhältnisse, der Herrschaftsübernahme durch das Prole-

karat und der Ueberwindung des Massenstaates steht in striktem Gegensatz zu der von Moskau propagierten Taktik und Methode. Sie entspricht den Gedankengängen, die früher die gesamte Sozialdemokratie vertrat, die aber in letzter Zeit lediglich von der alten Sozialdemokratie vertreten worden ist. Indem der Klassenkampf als Mittel zur Befreiung des Proletariats mit dem Ziel einer endgültigen Demokratisierung der Gesellschaft aufgefaßt wird, entfällt das von den russischen Bolschewisten zum Prinzip und zur Notwendigkeit erhobene Erfordernis des Bürgerkrieges. Der Bürgerkrieg kann — nach marxistischer Auffassung — eine Begleiterscheinung des Klassenkampfes sein, wird aber nicht durch ihn bedingt. Die Einflüsse, die sich in dem — von Kautsky so benannten — „sozialismus asiaticus“ geltend machen, werden mit Recht von Sopp Dertter als Einflüsse der Theorie Bakunins bezeichnet:

In der Kinderkrankheit des Radikalismus und in gefühlsmäßiger Revolutionsromantik mag man die russischen Verhältnisse als die allein gebotenen halten. Ein Sozialist der Marx nicht zur Karikatur macht, der ein Revolutionär ist, muß die kommunistischen Methoden ablehnen, schon weil sie mehr von Bakunin in sich tragen als von Marx. Diese Methoden mögen sich auch in Rußland für einige Jahre durchsetzen können — auf die Dauer aber auch nicht. Sie konnten sich auch in Rußland nur durchsetzen, weil sie aufgepfropft worden sind, den ihnen ähnlichen Methoden des Zarismus und unter ganz anders gelagerten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. In Deutschland und Westeuropa angewandt, würden die russischen Methoden zu verhängnisvollen Niederlagen der Arbeiterklasse führen. Die ökonomischen Verhältnisse in Rußland sind heute noch nicht im marxistischen Sinne reif für den Sozialismus. Das kapitalistische System hatte dort nicht jene Stärke und jene Entwicklung wie in Westeuropa. In Rußland konnte sich eine Partei der Herrschaft bemächtigen, in Westeuropa kann das nur die Arbeiterklasse als Ganzes, denn ihr steht gegenüber eine viel stärkere Bourgeoisie, ein viel stärkeres antisozialistisches Bauerntum, das sich nicht durch den Handstreich einer Partei, das sich nur durch entschlossenen, zähen und einheitlich geführten Klassenkampf überwinden läßt. In Westeuropa ist auch ein Proletariat, das den Klassenkampf nicht gefühlsmäßig, sondern bewußter führt als in Rußland, das nicht den augenblicklichen Erfolg, sondern das große sozialistische Ziel erstrebt, das herantreibt zu einer Herrschaft der Arbeiterklasse, das aber zu selbstbewußt ist, um sich die Diktatur einer Parteiführung oder gar einiger Parteiführer auf die Dauer gefallen zu lassen; das endlich sozialistisch schon so durchgebildet ist, daß es sich zu einer Erreichung seiner Ziele nicht der reaktionärsten Mittel bedient, weil es weiß, daß sich letzten Endes solche Mittel gegen die Arbeiterklasse und das Proletariat selbst kehren und dem wirklichen Sozialismus die Zukunft verschütten.

Mit schonungsloser Kritik wird hier die Schwäche des russischen Sozialismus aufgeleitet. Die ökonomische Reife als Vorbedingung für die sozialistische Gesellschaftsform im marxistischen Sinne ist in Rußland noch weniger erfüllt als im westlichen Europa, und hiermit wird die Unmöglichkeit der Errichtung der sozialistischen Demokratie durch bolschewistische Methoden einwandfrei bewiesen. Utopie staaten im Sinne der Vorläufer des wissenschaftlichen Sozialismus zu errichten, fehlt es an sämtlichen praktischen Voraussetzungen. Dertter kommt zu dem nach seinen vorausgegangen Ausführungen nur selbstverständlichen Schluß:

Die Arbeiterklasse in Deutschland hat mit allen Mitteln des proletarischen Befreiungskampfes zur Eroberung der politischen Macht und damit zur Herrschaft der Arbeiterklasse zu streben. Sie darf sich nicht in den russischen Stiefel bei ihrem Befreiungskampf zwängen lassen. Der Kampf zu sehr nach Zarismus und ich lehne den russischen Stiefel nicht — auch nicht, wenn der Fuß eines Lenin oder Trotzky darin steckt. Und ich hoffe und erwarte das auch nicht von unserer Partei.

Das ist eindeutig und klar gesprochen. Mit der gleichen

Bestimmtheit jedoch hat sich Däumig für den Anschluß an Moskau ausgesprochen und wird sich auch durch das von Dertter gebrauchte kräftige, aber zureichende Bild in dieser Uebereizung nicht irremachen lassen. Die Arbeiterklasse, die bisher von der „Freiheit“ über Rußland ein anderes Bild erhielt, wird nicht wenig überrascht sein, wenn sie diese Schilderungen liest. Für die Sozialdemokratie aber bedeutet die Diskussion über Moskau nur die Bestätigung der Richtigkeit ihrer Politik einem Regime gegenüber, das von Dertter als Neuaufgabe des Zarismus vernichtend gekennzeichnet wird.

### Der Wirtwart in der U. S. P.

Das Breslauer Organ der U. S. P., die „Schlesische Arbeiterzeitung“, erklärt sich für den Anschluß an Moskau, indem sie sich mit dem Artikel Däumigs in der „Freiheit“ voll und ganz identifiziert. Dagegen lehnt die in Gera erscheinende „Opfthüringer Tribune“ die Moskauer Bedingungen ab.

## Der Kampf um Moskau.

### Von der Reichskonferenz der U. S. P.

Auf der Reichskonferenz der unabhängigen Partei wurde am Mittwoch die große Auseinandersetzung über die Bedingungen, die die Moskauer Bolschewisten den Unabhängigen gestellt haben, fortgesetzt.

Crispien trug in seiner 25stündigen Rede alle Momente zusammen, die der in seinen heiligsten Gefühlen gekränkte Parteileiter gegen die Bedingungen nur aufreizen konnte. Er schilderte beweglich, wie die deutsche U.S.P.-Delegation immer wieder neuen Inquisitionen in Moskau unterworfen worden sei, bald von Kabele, bald von Trotzki, bald von Sinowjew, aber auch von den deutschen Kommunisten Meyer und Levi. Trotzki sprach es ganz deutlich aus, daß man es zu einer Spaltung der U.S.P. bringen müsse. Wie hundertfältig die Unabhängigen in Moskau behandelt wurden, bezeugt der Umstand, daß Sinowjew eine Rede Genes als — rechtssozialistischer (11) bezeichnet, trotzdem, wie Crispien hinzufügte, sogar Maria Petlin Genes zu dieser Rede beglückwünschte hatte. Der Holländer Winkop wandte sich immer wieder dagegen, daß die Unabhängigen mit in den Kommissionen vertreten seien, daß schließlich Sinowjew ihm antwortete, daß die U.S.P. trotz des rechten Flügels eine Massenpartei sei, daß aber Winkop trotz 15jähriger Arbeit nicht mehr als 1600 Menschen um sich gesammelt habe!

Schließlich wurden die U.S.P.-Delegierten genötigt zu den Kommissionsarbeiten zugelassen. Sie nahmen aber nur teil an den Beratungen jener Kommission, in der die Anschlußbedingungen festgesetzt werden sollten. Aber auch dort belagerten sie zunächst wieder ihr eigenes Sündenregister zu hören. Es wurde ihnen gesagt, Dittmann betriebe eine Gewerkschaftspolitik wie Lenin, er sei kein Revolutionär. Dittmann werde unter keinen Umständen in die dritte Internationale aufgenommen werden. Trotzki hielt eine heftige Rede gegen die U.S.P. „Freiheit“-Redaktion und die ganze unabhängige Presse. Die Spaltung der U.S.P. müsse kommen. Trotzki plädierte für das härteste Programm, damit die Führer unschädlich gemacht würden. Sinowjew hielt, nach Crispiens Darlegungen, eine scharfe Rede gegen die politischen Arbeiterkräfte, er bezeichnete sie als objektiv konterrevolutionär. Bitter beschwerte sich Crispien über die zweideutige, oder wie es in dem „Freiheit“-Bericht heißt, „nicht ganz einwandfreie“ Rolle, die seine Mitdelegierten Stöder und Däumig spielten. Insbesondere ist in Moskau auch der famose Wilhelm Herzog aufgetaucht, dessen Nachschaffungen Crispien als „hinterhältig und verwirrend“ bezeichnet.

Nach Crispien sprach Däumig als Korreferent. Er ist ganz mit den Moskauer Forderungen einverstanden und behauptet, es sei irrtümlich, wenn Crispien es so darstelle, daß die bekannten Namen aus der Partei ausgeschlossen werden müßten. Die russischen Kommunisten hätten erklärt, daß sie das den Parteien überlassen. Auf entrüstete Zwischenrufe, daß sie doch in den Bedingungen, erklärte Däumig, daß die Moskauer kein formaljuristisches Gericht über die Genossen beabsichtigen. Es werde nur eine theoretische Erklärung der Partei verlangt. Allerdings in der dritten Internationale könne eine Meinungsfreiheit im alten demokratischen Sinne nicht herrschen. Voraussetzung für den Anschluß an Moskau sei natürlich das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und deren Vorbereitung. Aber der Parteitag müsse sich erklären, ob die Richtung Kautsky, Hüfing und usw. immer noch in der Partei eine Rolle spielen dürfe. Die Russen weisen darauf hin, daß die Auffassung Kautskys immer noch gelte zur

Rechtfertigung Judenitsch, Denikins, Kosschaks und anderer Däumig setzte sich dann auch mit Hüfing entgegen, der die Partei nicht in konsequent revolutionärem Sinne geführt habe. Auf den Zwischenruf, daß doch Däumig Vorsitzender der Partei sei, erklärte Däumig, daß Hüfing an allen Sitzungen teilnehme und sie entscheidend beeinflusse.

Als dritter Redner sprach Dittmann: Es ist notwendig, daß man sich über die Grundlage der bolschewistischen Herrschaft klar werde und daß man prüft, ob diese selben Grundlagen auch in den anderen Ländern gegeben sind. In Rußland sind durch die Schuld des Zarismus 75 Prozent der Bevölkerung stumpf und dumpe, deren Interessen größtenteils durch Bewährung von Vorteilen (Zurückweisung von Land, Enthebung von der Steuerpflicht usw.) befriedigt werden konnten. Die russischen Führer hätten selbst zugegeben, daß diese Massen keine Kommunisten sind, sondern noch von agrarischen, Kleinbürgerlichen Anschauungen befangen sind. Ein klassenbewußtes Industrieproletariat habe es in Rußland nicht gegeben. Als dann nach der Machtübergang durch die Bolschewiken Lenin die Parole zur Enteignung der Enteigneten herausgab, folgten diese stumpfen Massen dieser Aufforderung natürlich sofort. Aber auf diesem Wege ließ sich kein Kommunismus aufbauen. Daher werde jetzt versucht, diesen von obenher zu dekretieren. Das habe zu einem unglaublichen Aufschwollen des Beamtenapparates geführt. In den russischen Bureaus wie im Heere seien die reaktionärsten Beamten und Offiziere tätig, die eine ständige Bedrohung der Sowjetmacht bilden. Die Kulturlosigkeit und die Passivität der breiten Massen bilde die Grundlage des Sowjetregimes.

Wenn Däumig gesagt habe, man liefere durch die offenen Vorlesungen über Rußland Material für die antibolschewistische Liga, so sei demgegenüber zu erklären, daß dann jedem Genossen der Mund verschlossen würde. Es ist notwendig, daß das deutsche Proletariat vor Enttäuschungen bewahrt bleibe und daß die Delegation offen und frei über ihre Erfahrungen und Feststellungen in Rußland berichtet.

Dittmann erklärte weiter, die Frage heiße nicht: für oder gegen die Dritte Internationale, sondern die Frage sei: für oder gegen diese Ausnahmeverhältnisse. Wenn Däumig und Stöder sich diesen Bedingungen unterwerfen, so ist das ihre Sache, aber „wir wollen aus unserer Partei keine Sekte machen“.

Als letzter Redner sprach Stöder, der behauptet, von den Bedingungen sei in Deutschland ein Zerbrochen festgestellt worden, das kaum zu glauben sei. In Rußland sei keine Vögelwirtschaft. Es gebe keine Partei, die so viel Bezirke- und Kreis-Konferenzen abhält, wie die dortigen Kommunisten. Stöder übt heftige Kritik an der Schreibweise der „Freiheit“, der „Leipziger Volkszeitung“ und einem Teil der übrigen U.S.P.-Presse. Er wird heftig unterbrochen, als er die Aufgaben der Redakteure darlegt, wie sie sie seiner Meinung nach haben müßten. Er verlangt, daß die Partei Stellung nehmen müsse gegen alle pazifistischen Illusionen; er billige durchaus den Beschluß der Moskauer Exekutive, daß die Elemente, die grundsätzlich auf einem anderen Standpunkt stehen, die Partei verlassen müssen. Man müsse klar und offen aussprechen, daß Kautsky nicht mehr in die Partei gehöre.

Am Donnerstag soll die Auseinandersetzung fortgesetzt werden.

## Zusammenstöße in Augsburg.

### Tote und Verwundete.

Augsburg, 1. September. (WZ.) Während einer für heute nachmittags im Rathaus abendamtlichen Sitzung von Vertretern der Stadt, der Regierung, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bildeten sich in den Außenvierteln der Stadt Demonstrationen, die sich nach dem Rathaus hin bewegten. Ein starkes Polizeigewalt und Scharfschützenaufgebot hielt die Straßen vor dem Rathaus besetzt. Die Menge verlangte a. a. stürmisch die Entfernung der Maschinengewehre, und schließlich sah sich die Polizei genötigt, der Menge den Vorbeimarsch vor dem Rathaus zu gestatten. Dabei wurde die Sicherheitswehr von der Menge hart bedrängt und mußte von der Waffe Gebrauch machen. Auf eine Maschinengewehrpatrone, die als Schredsalve (wirklich? Red. d. „Woz.“) gedacht war, stieß die Menge auseinander. Zwei Personen wurden getötet und zwei verletzt. Zurzeit herrscht Ruhe. Ein starkes Polizeigewalt hat das Rathaus besetzt.

Wir geben den Bericht mit allem Vorbehalt wieder, da er einen etwas tendenziösen gefärbten Eindruck macht und wie im Augenblick nicht in der Lage sind, ihn auf seine Richtigkeit nachzuprüfen.

## Der Herr mit der Liste.

Von Hans Bauer.

„Der Herr mit der Liste“ war der Feldwebel der Ersatzbatterie in Deutschland, der in periodischen Zeitabständen die Karte verlas, die an die Front abends wurden, „der Herr mit der Liste“ ist der Oberleutnant, der die Journale verliest, „der Herr mit der Liste“ ist der Major, der abends die Kameraden in die Kasse führt. . . . Den „Herrn mit der Liste“ gibt es in tausendfacher Auflage.

Der „Herr mit der Liste“ mußte es einen Tag früher als wir, ob wir morgen die Sachen packen und Abschied nehmen und in Not und Gefahr tief ins Frankreich hinein fahren müßten, weiß es ein paar Stunden früher, ob unsere Buben 2 oder 3 oder 4 unter ihren Erlebnissen stehen haben, weiß es Minuten früher als wir, ob Karlefen, den wir W. Raaf Sieg gewettet haben, Geld gebracht hat oder nicht. Der „Herr mit der Liste“ weiß um Wochen, Tage oder Stunden etwas früher, was unser Herz bewegt. Der „Herr mit der Liste“ ist jener Mensch, dessen Anblick unseren Puls schneller schlagen läßt. Der „Herr mit der Liste“ ist unsere menschgewordene Spannung. Nicht in seiner Eigenschaft als Persönlichkeit, sondern als Besitzer eines Stückchen Papiers, auf dem es geschrieben steht. Es, es . . . dieses Bestimmte, Herausgegriffene, um das es sich dreht, um das sich unsere Gedanken drehen. Der „Herr mit der Liste“ ist immer ganzam. Er läßt und Sekunden länger auf das Resultat warten, als es unbedingt nötig wäre. Er verspricht sich einmal und erweckt dadurch unbedeutende Freude oder unbedeutendes Leid, und vor allem: er ist unerbittlich, der „Herr mit der Liste“. Es ist so ganz unnützlich, daß wir noch hoffen, bangen, erwarten, befürchten. Die Entscheidung ist gefallen. Es hilft nichts mehr. Das Papier, das er hält, ist beschrieben. Es ist alles endgültig. Das Papier ist die letzte Instanz. Der „Herr mit der Liste“ ist oft nur Vermittler. Gefällt worden ist das Urteil von anderen. Aber die anderen sind eben irgendwo, kümmern sich nicht mehr um ihre Urteile, kennen sie gar nicht mehr. Das Papier aber kennt sie. Und der „Herr mit der Liste“ kennt das Papier. Auf ihn überträgt sich das Gefühl unserer grenzenlosen Abhängigkeit. Wir fühlen uns dem „Herrn mit der Liste“ überliefert. Er ist die Velleumung und das Urteil und wird die Entspannung und Erlösung sein.

Der „Herr mit der Liste“ immer heillos. Ihm ist eine Pflanzung von Buchstaben, totes Wort, was uns Ereignis oder gar Schicksal ist. Ich habe immer ein heimliches Grausen vor dem „Herrn mit der Liste“ gehabt. Er steht über dem, was uns angeht. Er ist der Neutrale, Mutlose, Kalte. Er ist die Bestimmung selbst, die blindlings antwortet: Freude und Kummer, Tod und Leben, Dächeln und Weinen, die Bestimmung selbst, die gerührt und lebendig macht. Er

hat keine Liebe und keinen Haß — er hat das Papier, der „Herr mit der Liste“.

Kennst ihr die Geschichte von dem römischen Kaiser, der einen Sklaven hinrichten ließ, weil der ihm eine Unglücksbotschaft überbracht hatte? Auch dieser Sklave war ein solcher „Herr mit der Liste“. Würde ihm der Gedanke, daß seines Kaisers Augen — ehe er die Lippen öffnete, um seine Volkshaft zu jagen — an eben diesen Lippen in wilder Furcht hingen, eine Bemühtung bei seinem letzten Gange gewesen sein. Der Sklave war für Sekunden der Kaiser seines Kaisers gewesen.

Neue Filme: „Sumurun“. Man kennt die Geschichte der Favoritin des allmächtigen Scheiks Sumurun, die ihre Liebe zum schwärmerischen Teppichhändler Nur al Din durch alle Gefahren zum Ziele führt, von Frelas Panomime her, die in Reinhold Regie ihre Siegesreise antast. Man erinnert sich auch der buchstabenlosen Szenen, die mit einem in indischen Schlaf versenkten Rudigen angestellt werden. Hieraus einen Film zu gestalten, war ein freudbarer Gedanke. Der Stoff bietet weite, reiche Hintergründe, gibt der Phantasie Spielraum, und erlaubt dem Regisseur — Ernst Lubitsch — die Wunder des Orients im Haremleben wie in der Gauklerwelt und im Teppichbazar sich auswirken zu lassen. Es ist ein riesenapparat (eine eigene Stadt wurde errichtet) aufgebaut, der prachtvolle Raum- und Architekturbilder, wogendes, brandendes Leben in Massenregenen, hervorragende schauspielerische Leistungen in Hülle und Fülle spendet. Eine hoch orientalisierende Musik von Victor Holländer voll hübscher charakteristischer Klangfarben und possender Rhythmen umrahmt und steigert geschickt die Handlung.

Die Premiere, die Mittwoch im Ufa-Palast am Zoo stattfand, zeigte die hohe Leistungsfähigkeit unserer Filmindustrie wenn auch der letzte künstlerische Einklang noch nicht erzielt wurde. Die Doppelhandlung — über der Sumurun ist das Drama der Tänzerin und ihres eifersüchtigen Rudigen breit ausgesponnen — zerfällt in das Interesse Judent war die Darstellerin der Sumurun — Nenny Dasselquist — zwar unübertrefflich im Spiel ihres schmieglamen Körpers wunderbar, aber ihr Gesicht ist noch nicht ausdrucksvoll genug. In Pola Negri (die Tänzerin), Paul Wegener (der müde alte Scheik), Harry Liedtke (der zärtlich-sentimentale Teppichhändler), Gede Rissen (die schlaue Dienerin) und nicht zuletzt Ernst Lubitsch selbst als tragikomischer Rudiger — in feineren Rollen Jacob Lieble und Paul Gräß — war eine glänzende Schar von Darstellern tätig, die bis auf geringe Ausnahmen alle wahre Filmkünstler sind. Die Ausnahmen sind hervorzuheben schön, nur waren die Bühnenbilder der Gaukler meist zu dunkel im Gegensatz zu den Zuschauerbildern, die höchst lebendig wirkten.

Das Auge schweift in wunderbaren Bildern, die Eigenart ist ganz dem Weien des Films angepaßt und folgt eigener Gesetzmäßigkeit, die Darsteller geben Seelisches in allen Abtunungen, von gerter Andeutung bis zur wilden Leidenschaft, ein starker, heiserer Atemzug geht durch das ganze Stück. Wir haben wieder einen „großen Film“, der hohen Ansprüchen genügt.

Dauptmanns „Biberpels“ Komödie wurde in dem hübschen Neuen Volkstheater (Köpenicker Straße) in einer neuen, gut vorbereiteten Aufführung gezeigt. Die fleißige Bühne hatte es zu einer Frau Wolff gebracht, die sich nicht nur in der Köpenicker Straße setzen lassen konnte. Tilda Staudte stellte dieses gerissene und mit allen Hunden gehetzte Weibchen dar, das unter der Maske häuslicher Unbarkeit soviel Schläue verbirgt, daß es zu einem richtigen kleinen Verbrecher gerade ausreicht. Sie dringerte klug und voller Hingabe die Politik ihres Hausweins und verstand es gut, in den Angelegenheiten außerhalb ihres Hauses die treibende und siegende Kraft zu bleiben. Bei diesem Temperament hatten die anderen Darsteller einen schweren Stand. Die schmerzliche Trübsalhaftigkeit ihres Mannes trat bei Siegfried Rübnerberger glaubhaft zutage. Bulow, der Schiffer, von Ferd. Kurth dargestellt, war ein zu geprehter Top. Paul Herma als der Amtsvorsteher Wehrhahn wäre ebenfalls ein wenig gedämpft besser gewesen. (Abz. das lag vielleicht an der Regie, die den zweiten Akt ganz auf das karikaturistische angelegt hatte.) In den kleinen Rollen des Rentiers Krüger und des Amtsbürokraten Friedr. Lobe und Armin Schweizer nicht unerwähnt bleiben. Die Regie unter Hans Brahm hatte für eine geschmackvolle Inszenierung gesorgt. Nur die Pausen waren zu lang. K.

Ein Denkmal für Emil Fischer. Die deutsche chemische Industrie will den beiden Großmeistern chemischer Forschung, die im letzten Jahre verstorben sind, an ihren Wirkungsstätten Denkmäler setzen. Das für Adolf Bayer in München erhielt Adolf von Hildebrand in Auftrag. Und das Berliner Denkmal für Emil Fischer wächst jetzt in der Werkstatt von Fritz Klimsch empor. Es soll vor dem Chemischen Universitätsinstitut seinen Platz erhalten, am Eingang von der Hessischen Straße, wo grüne Anlagen es umgeben sollen. Klimsch entwarf eine Monumentalfigur von doppelter Lebensgröße, die in dem hellen Kalkstein ausgeführt werden soll, wie ihn auch sein Vordem-Denkmal auf dem Karlsplatz zeigt. Auf niedrigem Sockel wird sich die Figur erheben, auf einem kleinen schemelartigen Sitz, so daß die hochgeredete, beherrschende Erscheinung dieses Führers seiner Wissenschaft recht hervortritt.

„Ordnung im Alltag“ heißt eine Ausstellung, die vom 25. September bis 10. Oktober im Schöneberger Rathaus der anstalt wird. Sie soll zeigen, wie Wohnungseinrichtung und Tracht zweckmäßig, sparsam und doch ansprechend zu gestalten sind. Zutritten an Frau Ilse Müller-Delreith, Friedenau, Bismarckstr. 1.

Zehn Philharmonie, das größte und zweifelhafte tschechische Philharmonische Orchester wird an fünf Berliner Abenden unter Diablas W. Sal nicht nur bedeutende Werke Haydn'scher Musik, sondern auch B. Mahler und A. Strauss zu Gedde bringen. Diese Orchestervereinbarung hat zuerst und zwar sofort nach Friedensschluss, neben den großen Klavieren auch Dichtungen, moderner deutscher Meister in Entenländern aufgeführt. Am Orchester sitzen auch viele Professoren der ehemaligen russischen Konseratorien.

Ein Lehrgang über Berufsberatung, der für Schulaufsichtsbeamte, Lehrende und Jugendpfleger bestimmt ist, findet vom 27.—30. Sept. im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W 35, statt. Nach jedem Vortrage findet Meinungsaustausch statt. Der gesamte Lehrgang kostet 20 M., einzelne Vorträge je 2 M.

## Nach den Frankfurter Unruhen.

### Fünf Todesopfer in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 2. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die gestrigen Vorgänge haben 5 Todesopfer gefordert. Im Heiligengeisthospitale sind 3 im Städtischen Krankenhaus noch 1 Arbeiter ihren Verletzungen erlegen. Eine alte Frau, die sich mit ihrer Tochter auf dem Spaziergange befand und dabei verletzt wurde, ist auf dem Transport nach dem Krankenhaus gestorben. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt 12, darunter befindet sich ein Sicherheitspolizist. Als Mädelstrolcher bei den Unruhen sind bisher drei Personen verhaftet worden, darunter ein Bländerer. Die hiesige Arbeiterschaft verharrt bis mittags 12 Uhr wegen der Vorgänge in passiver Resistenz. — Im „Heiligengeisthospitale“ ist gestern auch das letzte Opfer aus den Tagen des Kapp-Putsch gestorben, eine Frau, die bei den Zusammenstößen auf der Straße schwere Schußverletzungen erlitten hatte.

Frankfurt a. M., 2. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das Befinden mehrerer Schwerverletzter von den gestrigen Unruhen ist sehr bedenklich. Der Kommandant der Sicherheitspolizei am Rathaus in der Bethmannstraße hatte sich alle Mühe gegeben, die schon in der Versammlung durch einen Offenbacher Kommunisten aufgegebene Menge zu beruhigen, aber sie wollte durchaus Waffen haben. Es ist dann später auch ein Waffenladen in der Kaiserstraße samt der Geschäftslasse vollkommen ausgeraubt worden. Zu der Forderung auf Auszahlung von 500 M. an alle länger als 6 Wochen Arbeitslosen haben sogar die Unabhängigen im Sozialpolitischen Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung geschwiegen. Den übrigen Forderungen hat der Ausschuss zugestimmt. Heute wird sie der Magistrat beraten. Der unabhängig-kommunistischen Generalstreikpropaganda haben sich S. P. D. und Gewerkschaftsartikell nicht angeschlossen.

### Der Unterschied.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ berichtet von einer kommunistischen Arbeitersendemonstration: „Da die Abordnung nicht gleich aus dem Staatsamt zurückkam, zerstreute sich die Ansammlung.“ Bei uns hätte es nicht an Rednern gefehlt, die der Masse die Verhaftung oder Ermordung ihrer Vertreter vorgelegen und sie zum Sturm auf das Gebäude gehetzt hätte.

## Gescheiterte Verhandlungen.

Stuttgart, 2. September. (U.) Der Generalsstreik geht weiter. Die gestern unter dem Vorbehalt der Regierung geführten Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt, da die Arbeitgeber sich weigerten, mit dem Aktionsausschuss zu verhandeln, der als eine vorübergehende Erscheinung und nicht als Vertreter der Arbeiterschaft angesehen sei. Die Arbeitgeber erklärten sich aber bereit, mit den Gewerkschaften und einer von den Arbeitern der geschlossenen Betriebe gewählten Kommission die Verhandlungen fortzusetzen. Eine gestern nachmittag abgehaltene Vollversammlung der Betriebsräte, die einen sehr stürmischen Verlauf nahm, hat beschlossen, den Aktionsausschuss aufzulösen, und die Weiterführung des Streiks sowie die Fortführung der Verhandlungen in die Hände der Gewerkschaften zu legen. Im Rande draußen ist der Streik im Abflauen begriffen.

## Streikbeilegung in Elberfeld.

Im heutigen Morgenblatt hatten wir von dem im Betrieb der „Vergisch-Märkischen Zeitung“ in Elberfeld ausgebrochenen Streik Mitteilung gemacht, der entstanden war, weil das technische Personal sich weigerte, einen Leitartikel mit der Überschrift „Verfassungsabotage“ zu setzen. Wir hatten auf das Bedenklische dieses Streiks hingewiesen, der nicht das geeignete Mittel zur Bekämpfung der Schundliteratur sei. Die U. bringt nunmehr folgende Mitteilung von dem Ende des Ausstandes in Elberfeld:

Der Streik des technischen Personals im Betriebe der „Vergisch-Märkischen Zeitung“ wurde infolge einer Versammlung der Gehilfen-Organisation mit Vertretern der Verleger- und Redakteur-Organisation beigelegt, nachdem die Gehilfen-Organisation durch ihren Gouvernateur die Erklärung abgegeben hatte, daß sie eine Einwirkung auf den politischen Inhalt der einzelnen Prehorgane auszuüben ablehnen und daß sie lediglich die technischen Arbeiten auszuführen haben, ohne auf den geistigen Inhalt der politischen Prehorgane, in denen sie tätig sind, ihre Einflußnahme zu erstrecken.

Durch diese vernünftige Haltung der Arbeiterschaft wird ihren Gegnern nunmehr der Boden entzogen, von einer Diktatur der Arbeiter über Andersdenkende Geschrei zu erheben und damit die Arbeiterschaft zu schädigen. Indem diese sich für den Kampf mit geistigen Mitteln einsetzt, stärkt sie ihre Macht weit mehr, als wenn es ihr wirklich im Einzelfall gelingen sollte, den heftigsten Leitartikel irgendeines bössartigen Publizisten zu unterdrücken.

## Der Verleumdungsumpf.

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Sie bringen in Ihrer Morgennummer vom 28. August unter der Überschrift: „Der Verleumdungsumpf des Lololanzingers“ Auslassungen über den Prozeß Scheidemann/Prinz, in welchen gegen uns der Vorwurf erhoben wird, daß wir als Geldgeber des angeklagten Prinz diesem bei seinen unlauteren Nachenschaften Vorschub geleistet hätten. Tatsache ist, daß unser Redakteur, Herr Dr. Specht, wegen einer Reihe über die Gebrüder Eliaz gebrachte Zeitungsnachrichten in mehrere Verleumdungsprozesse verwickelt wurde, in welchen er Herrn Rechtsanwalt Ribell seine Vertretung übertragen hat. Herr Rechtsanwalt Ribell hat, wie dies in solchen Fällen üblich ist, zur Durchführung dieser Sachen und zur Vornahme von Recherchen von uns am 27. Juli 1920 einen Kostenvorschub erhalten. Der Herr Rechtsanwalt Ribell offenbar lange Zeit vorher ohne Auftrag von uns und ohne unser Wissen ein Schriftstück von Prinz erworben hatte, ist erst nachträglich zu unserer Kenntnis gekommen.

Dachau, 2. September.

August Scherl, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.  
(Unterschriften unleserlich.)

Danach müssen wir schon sagen, daß der „Lokal-Anzeiger“ einen recht eigenartigen Rechtsvertreter besitzt, der Kostenvorschüsse in einer Weise benutzt, daß sein Auftraggeber nachher entsetzt von ihm abrückt.

## Ein teures Schilderhaus.

A. S. Kattowitz, 2. September. Die polnische Zeitungen berichten, hat der französische Kreisverwalter für Stadt und Kreis Kattowitz, Oberst Blanchard, der Stadt Kattowitz für die Herstellung eines Schilderhauses während des Aufstandes eine Geldstrafe von 10000 M. auferlegt.

## Der englische Bergarbeiterstreik.

### Unterstützung durch den „Dreiverband“.

London, 2. September. (Holländisch-Kennzeichen.) Im Gegensatz zu den Erwartungen hat die Konferenz des Dreiverbandes (Eisenbahner-, Bergarbeiter- und Transportarbeiter-

verband) keine Schritte unternommen, um die drohende Gefahr eines Grubenarbeiterstreiks zu verhindern, sondern sie gab die formale Erklärung ab, daß die Forderungen der Grubenarbeiter unterstützt werden sollen. Heute wird die Konferenz aufs neue zusammengetreten und man erwartet, daß sie heute die Mittel bereiten wird, die einen Streik im letzten Augenblick noch verhindern können. Die britische Regierung hat bisher ihre Haltung in der Angelegenheit nicht geändert, obgleich der Arbeitsminister Herne befand, daß die Regierung bereit sei, neue Vorschläge zu erwägen, falls sie von Seiten der Grubenarbeiter gemacht würden. Der Unterausschuss des industriellen Dreiverbandes wurde für stündig erklärt und hat die Befugnis erhalten, falls nötig, eine Sonderkonferenz der Arbeiterschaft zusammenzuberufen.

## Ein englischer Gewerkschaftsführer in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 2. September. (P. S. N.) Der englische Gewerkschaftsführer Luther Smith aus London ist hier eingetroffen und wird heute in einer Versammlung der Vorstände und Delegierten des Gewerkschaftsartikells über die englische Arbeiterbewegung seit 1914 sprechen.

## Konstantinopel von den Griechen besetzt!

Hamburg, 2. August. (U.) Die „Hamburger Nachrichten“ melden aus Paris: Das Organ des Vatikan, der „Osservatore Romano“, veröffentlicht eine Meldung, wonach Konstantinopel von den griechischen Truppen besetzt worden ist. Das päpstliche Organ sagt hinzu, daß diese Nachricht die Katholiken der ganzen Welt nicht gleichgültig lassen könne. Man müsse hoffen, daß, wenn diese Nachricht sich bestätigen sollte, England und Frankreich nicht zuzukommen werden, daß Konstantinopel in den Händen Griechenlands bleibt.

## Horthys Zukunftspläne.

Wien, 1. September. (U.) Das Abendblatt der „Neupost“ weiß einige Mitteilungen über den Verkauf der Geheimfugung zu machen, deren Gegenstand der vom Kriegsminister benutzte karlistische Putschversuch war. Danach soll es in der ziemlich stürmisch verlaufenen Sitzung u. a. zwischen dem Kriegsminister und einem karlistischen Abgeordneten zu einem erhöhten Zwiesgespräch gekommen sein, bei dem der Abgeordnete angedeutet hätte, daß der Reichsverweser Horthys mit seinen Freunden gegen die Rückkehr des Kaiserthronen Karl sei, weil er selbst gern König von Ungarn werden möchte. Der Abgeordnete habe darauf aufmerksam gemacht, daß die neuen Pläne, die jetzt für die Armee hergestellt würden, die Militärs Horthys trügen.

## Russisches Elend.

Helsingfors, 1. Septbr. (O. E.) Der Petersburger „Iwessija“ zufolge nimmt die Zahl der Erkrankungen an Cholera und Dysenterie in Petersburg stark zu. Die seit 1. Juli erhöhte Brotration wird wieder herabgesetzt.

Laut „Krasnaja Goleta“ vom 28. August wurde in einer Besprechung des Petrograder Sowjets mit Bauerndelegierten aus dem Petrograder Kreise festgestellt, daß die diesjährige Ernte in den Provinzen, die Petersburg sonst mit Getreide belieferten, sehr schlecht sei und daß keine Hoffnung bestehe, aus diesen Provinzen Getreide zu erhalten. Der eigene Bedarf der getreideerzeugenden Gouvernements kann nur für 7 Monate gedeckt werden.

Erhöhung des Brotpreises in Frankreich. Vom 1. September ab wurde der Brotpreis auf 1,30 Franken für das gewöhnliche und auf 4,20 Franken für Luzusbrod erhöht.

## Groß-Berlin

### Ein Schulstreik?

#### Elternprotest gegen mangelhafte Schulräume.

Als vor mehreren Jahren die Stadt Berlin daran ging, private Mittelschulen für Mädchen zu kommunalisieren, mußte sie auch die von diesen Anstalten benutzten Räume übernehmen. Die meisten Privatschulen waren aber nicht in Schulhäusern, sondern in nordärztig für Schulzwecke eingerichteten Wohnhäusern untergebracht. Jetzt beginnen die Eltern unter Führung ihrer Beiräte sich gegen die weitere Benutzung solcher durchaus ungeeigneten Räume zu wehren.

Die 4. städtische Mittelschule in der Wilmersdorfer Straße, hervorgegangen aus einer Privatschule, die im Herbst 1919 von der Stadt übernommen wurde, hat bisher sich mit besonders schlechten Räumen behelfen müssen. Diese waren früher zum Betrieb einer Badeanstalt benutzt worden und wurden dann für die Privatschule umgebaut, aber ein regelrechtes Schulhaus konnte daraus natürlich nicht werden. Noch jetzt befinden sich die Klassen auf dem Korridor, sie sind aber nicht völlig ungeschlossen, sondern nur durch eine etwa 2 Meter hohe Bretterwand abgeschlossen. Nicht dabei ist die Trinkwasserleitung und auch der Eingang einer Sanitarklasse, so daß die Klosettbläse in das Klassenzimmer bringen können. Die Treppen zu den oberen Räumen sind schmal und aus Holz, so daß bei Feuerausbruch für die dort untergebrachten Kinder das Schlimmste zu fürchten wäre. Der Hofraum für die 600 Kinder ist so gering, daß sie in den Pausen sich drängen müssen.

Als vor Wahl von Elternbeiräten hatten die meisten Eltern gar keine Ahnung davon, wie die Schule ausfalle. Bei der Anmeldung ihrer Kinder kamen sie in das Zimmer der Schulleiterin — und weiter sehen sie nicht. Nach Übernahme der Schule durch die Stadt hielt der Elternbeirat es für seine erste Aufgabe, den Magistrat auf die Mängel der Schulräume aufmerksam zu machen. In diesem Sommerhalbjahr kam endlich die amtliche Benachrichtigung, daß die Schule nach der Turmstraße in ein frei werdendes Gemeindefachschulhaus verlegt werden sollte. Aber fünf Tage später lief ein zweites Schreiben ein, das ohne Angaben von Gründen die erste Nachricht für ungültig erklärte und die Verlegung ablehnte.

In einer sehr hart besetzten Elternversammlung hat am 30. August der Elternbeirat über die Verhandlungen berichtet. Die Bekanntgabe der Ablehnung rief größte Erregung hervor und mehrere Redner forderten sofortigen Schulstreik. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Elternversammlung hat mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß der Magistrat die Verlegung der Schule ohne jede Begründung abgelehnt hat. Sie beauftragt den Elternbeirat, ersucht bei dem Magistrat vorstellig zu werden und bis Montag, 6. September, mittags 12 Uhr, den Bescheid zu verlangen, daß die Schule verlegt wird, widrigenfalls die Eltern ihre Kinder so lange nicht zur Schule schicken, bis Schulräume beschafft sind, die den sanitären Anforderungen und den Vorschriften für Feuerlicherkeit entsprechen.“

Wir hoffen, daß in den weiteren Verhandlungen zwischen Magistrat und Elternbeirat es gelingen wird, eine befriedigende Lösung herbeizuführen. Die Verlegung der Schule mag Schwierigkeiten bereiten, aber sie müssen überwunden werden, damit dieses sogenannte „Schulhaus“ endlich ausgerüstet werden kann.

## Der große Gelddiebstahl in der Reichsbank aufgeklärt.

Vor 14 Tagen sollten, wie mitgeteilt, zwei Postbeamte überhäufiges Geld vom Amt an die Reichsbank abliefern. Der eine trug einen Beutel mit 148 000 Mark Papiergeld bei sich, während der zweite zur Sicherheit mitging. Auf der Reichsbank gelang es einem Dieb, mit dem Postfach zu verschwinden, ohne daß jemand etwas merkte. Die Oberpostdirektion schrieb auf die Ermittlung und Festnahme des Diebes und die Wiederbeschaffung des Geldes eine Belohnung von 5000 Mark aus. Kriminalkommissar Boese und seine Beamten nahmen die Nachforschungen auf, und es gelang ihnen, in kurzer Zeit den Diebstahl aufzuklären und die Täter hinter Schloß und Riegel zu bringen. Beteiligt waren als Diebe und Helfer ein Moritz Silberstein, ein Samuel Orland, ein Michael Leslowitz, ein Josef Wolfowitz, ein Igor Kwiart, ein Boris Kalinski und ein Zewa Wolfowitz. Als die eigentlichen Diebe sind Kwiart und Wolfowitz erkannt. Einer hand Schmiere, während der zweite den Postfach aufschloß. Auch draußen waren noch Knapser vorhanden. Die Verhafteten gehören alle zu der Gesellschaft von Galizien, die im Scheunenviertel haust und von den dortigen Spielunten aus ihre Beutezüge unternimmt. Am Tage nach dem Diebstahl verschwanden die Täter, ihre Helfershelfer und ihre Mitwisser, die sich nicht mehr von ihnen trennen, um sich den Beuteanteil nicht entgehen zu lassen, aus Berlin. Von der Reichsbank aus waren die Diebe nach der Grenadierstraße gefahren, um die Beute zu teilen. Noch in derselben Nacht fuhr die Gesellschaft nach Eutinmünde und von dort mit einem Dampfer weiter nach Danzig. Hier wurde sie auf Veranlassung des Kommissars Boese durch die Danziger Kriminalpolizei festgenommen.

## Sedan- und Anti-Sedanfeiern in Potsdam.

Scharfe Gegenätze werden heute nachmittag in Potsdam aufeinanderprallen. Die Deutschnationalen veranstalten im Lustgarten eine große Sedanfeier, nachmittags um 4 Uhr, die linksstehenden Parteien auf dem alten Bassinplatz zur gleichen Zeit eine Anti-Feier. Von 8 Uhr an ruhen alle Betriebe in Potsdam. Als Zugeständnis an die Gewerkschaften wollen die Deutschnationalen ihren Festzug nicht durch die Hauptstraßen Potsdams leiten. Das Glockenspiel der Alten Garnisonkirche zu Potsdam gibt zu diesem Spiel der Gegenätze die Begleitung. Um jeht gerade zu werden, wird Professor Beder vom Turm der Garnisonkirche folgende Weisen spielen lassen: „Gebet aus dem Freischütz“, „Da streiten sich die Teufel herum oft um den Wert des Glucks“, „Freiheitsgefänge“, „Als die Römer frech geworden“, „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“, „Wied der Deutschen“ usw. Die Deutschnationalen forderten die Bevölkerung, auf die Straßen zu flüchten. Bis jetzt haben aber nur wenige dem Ruf Folge geleistet.

Das Verwaltungsgebäude der Berliner Maschinenbau-AG. bei vorm. L. Schwarzkopff, Chausseestr. 23, hat, wie uns mitgeteilt wird, seit heute früh Flaggenst. m. d. Auf dem Dach weht die schwarz-weiß-rote Fahne. Hat die Direction des genannten Werkes nichts Besseres zu tun, als im Augenblick der höchsten politischen Spannung sich mit solcher lächerlichen Theaterei zu beschäftigen.

## Feuer im Gebäude des Schillertheaters.

Die Charlottenburger Feuerwehr wurde heute vormittag nach der Bismarckstraße gerufen, wo im Gebäude des Schiller-Theaters ein größerer Brand ausgebrochen war. Es handelt sich um den Seitenflügel des Theatergebäudes, der nach der Bismarckstraße zu liegt und in dem sich die Restaurationsräume befinden. Das Feuer wüthete in dem im zweiten Stock liegenden Festsaal, wo es anscheinend die ganze Nacht hindurch wüthete gefunden hatte. Eine Bühne war besonders in Mitleidenschaft gezogen und ist völlig ausgebrannt. Der Saal ist außerdem durch Rauch und Hitze sehr stark beschädigt. Es handelt sich aber nicht um den sogenannten Schilleraal, der sich in einem anderen Teil des Gebäudes befindet. Da das Theater selbst nicht beschädigt ist, findet die heutige Vorstellung wie üblich statt.

## Geheimnisvolle Zukererschwindler.

Seit einiger Zeit, so wird uns geschrieben, treiben Schwindler, die angeblich Angestellte der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung zu sein, einen lebhaften Schwindel mit Zucker. Es scheitern mehrere Leute gemeinsam zu arbeiten, wenigstens ist in einigen Fällen festgestellt, daß zwei Personen als Vermittler auftraten, die angeblich Angestellte der Konsumgenossenschaft sind. Nachdem die Betreffenden ein Opfer gefunden haben, treffen sie angeblich mit einem weiteren Angestellten der Konsumgenossenschaft zusammen, um hierauf in einer Reihe das Zukergeschäft abzuschließen. In der Regel soll der Käufer des Zuckers sich die Ware am Oshafen holen; er muß selbstverständlich doppelt bezahlen. Den Schwindlern ist der Trick schon einige Male gelungen und haben sich die Betrogenen hinterher im Verwaltungsgebäude der Konsumgenossenschaft davon überzeugen müssen, daß sie ihre 16 000 bzw. 20 000 bzw. 33 000 M. losgeworden sind, ohne den von ihnen beherrenchten Zucker, mit dem die Käufer zweifellos wieder weitere Zukergeschäfte machen wollten, erhalten zu können. Die Angelegenheit ist der Polizei und auch der Zukerstelle seit längerer Zeit bekannt. Es wurden auch auf der Polizei eingehendere Angaben gemacht, wo dies Schiebernetz auszuheben wäre, es scheint aber, als ob die Polizei diesen Dingen nicht die genügende Aufmerksamkeit schenkt, denn die Schiebergesellschaft treibt nach wie vor ihr Unwesen.

Wie uns seitens der Konsumgenossenschaft mitgeteilt wird, ist es nach dem ganzen organisatorischen Aufbau der Warenverteilung bei ihr vollständig ausgeschlossen, daß ihre Angestellten an dieser Sache irgendwie beteiligt sein können. Im übrigen aber hält die Konsumgenossenschaft ihren Zucker nicht am Oshafen, sondern von einem anderen Lagerplatz Berlins ab.

## Für 400 000 M. Einkommensteuermarken unterschlagen.

Einen neuen Gegenstand für Diebstähle und Veruntreuungen, wahrscheinlich bald auch für Fälschungen, hat der Steuerabzug gekostet. Die Steuermarken, durch die der Abzug belegt wird, haben einen erheblichen Wert. Die höchsten Wertzeichen lauten auf 25 Mark. Ein ungetreuer Postbeamter hat sich die neue Einrichtung schon verbrochenisch zu Nutze gemacht. Ein Postbeamter Wilhelm Müller aus Berlin hat dem Amt 16 000 Stück 25-Mark-Steuermarken, also für 400 000 Mark unterschlagen und ist durchgebrannt. Auch 70 000 Mark bares Geld hat er noch mitgenommen. Er braucht es also mit dem Verkauf der unterschlagenen Steuermarken nicht allzu eilig zu haben. Auf die Ergreifung des Missethätigen und die Wiederbeschaffung seiner Beute ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Es wird vermutet, daß er sich nach Berlin gewandt hat. Die Kriminalpolizei hat die Forderung nach dem Missethätigen aufgenommen. Der 35 Jahre alte Postbeamte ist 1,90 Meter groß, sieht blaß aus, geht vornübergebeugt, spricht schäffische Mundart und trug zuletzt einen grauen Sommerüberzieher.

Erntedankfest der Landvolksleute. Die 14. Allgemeine Versammlung von selbstorganisierten Genossen, Fräulein, Männen und Kleinkindern, veranstaltet vom Zentralverband der Kleingartenvereine Deutschlands, Gau Groß-Berlin (Verband der Landvolksleute), findet am Sonntag, Montag und Dienstag (6., 7. und 8. September) im Grezlerhaus der früheren Franzosen-Regiments, Wilmersdorfer Straße 47-49, statt. Sie ist geöffnet am Sonntag 2-10 Uhr, am Montag 9-9 Uhr, am Dienstag 9-7 Uhr.

Regel. In der gestrigen öffentlichen Versammlung referierte vor vollbesetztem Saale Genosin Juchacz. In der Diskussion verurteilte ein Kommunist für seine sattem bekannten Ansichten Propaganda zu machen, mußte sich aber überzeugen, daß der deutsche Arbeiter nicht gewillt ist, aus Deutschland eine Sowjetklientel zu machen. So bedeutet auch diese Versammlung einen glänzenden Erfolg unserer Ideen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Unbequeme Tatsachen!

Die „Freiheit“, sonst emsig bemüht, möglichst schnell zu berichten, wenn innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen irgendwo ein Anzeichen der Sozialdemokratischen Partei aus seinem Gewerkschaftsgefüge hinausgedrückt wird, läßt sich plötzlich viel Zeit mit der Berichterstattung über die letzte außerordentliche Generalversammlung der Holzarbeiter vom 27. v. M. Erst in ihrer heutigen Morgenausgabe findet sie Platz für den doch nicht ganz unerheblichen Vorgang des Hinauswurfs des Unabhängigen Siegel und des Kommunisten Zirkel aus ihren Reihen als Bevollmächtigte. Wir können uns erinnern, daß seinerzeit die Siegesnachricht der Wahl Siegles an Stelle unseres Genossen Glöde etwas schneller den Weg zur Redaktion der „Freiheit“ fand.

Trotz der langen Zeit hat sich die „Freiheit“ aber leider noch nicht zu einer selbständigen Beurteilung des standstilligen Vorfalls durchgerungen. Sie fügt aus eigenem Gehirn schmalz dem Gesamtbericht folgendes an:

Wir wollen uns nicht in diese Organisationsangelegenheiten hineinmischen und enthalten uns zunächst darüber eines jeden Urteils. Wenn der „Vorwärts“ einen Bericht über diese Versammlung mit der Überschrift verleiht: „Die Drahtsaat geht auf“, so beweist er damit, daß er immer noch nicht begriffen hat, daß die Arbeiter jetzt selbst darüber bestimmen, welche Politik getrieben wird. Damit muß eben jeder, der auf einen Posten berufen wird, rechnen und jederzeit bereit sein, diesen wieder zu verlassen. Die Rücknahme aus „treu geleisteten Diensten“, die man früher forderte, kann im Interesse eines revolutionären Fortwärtsschreitens nicht mehr gewährt werden. Man mag also zu den Fragen, die in der Generalversammlung der Holzarbeiter verhandelt wurden, stehen wie man will, das Recht, sich die Führung zu wählen, die sie wünschen, steht ihnen jederzeit zu.

Es ist begreiflich, daß die „Freiheit“ angesichts der frampftischen Zudungen, die die unabhängige Partei beim Verdauen der Roskauer Partee erschüttern, vorsichtig labiert. Ist ihr doch erst dieser Tage in einer großen Betriebsversammlung in den Germaniafabriken nachgeredet worden, sie sei ein konterrevolutionäres Organ. All das sollte der „Freiheit“ aber doch nicht Veranlassung geben, in so offensichtlicher Weise an die niedrigsten Instanzen der Klasse zu appellieren, die heute den Siegel verbrennt, dem sie gestern Hofmann gutieß.

## Gegen die Betriebsorganisation.

Im großen Saal der „Neuen Welt“ lagte am Mittwoch eine sehr stark besuchte, von der Gewerkschaftskommission und dem Ortskartell der IFA einberufene Versammlung der Vorstände und Funktionäre der Gewerkschaften und Angestelltenverbände. Der Zweck der Versammlung war — wie der Vorsitzende Sabatz sagte —, Stellung zu nehmen gegen die Betriebsorganisation, die in letzter Zeit stark propagiert wurde.

Der Referent Fritz Schmidt vom Zentralverband der Angestellten führte unter anderem aus: Den Anhängern und Propagandisten der Betriebsorganisation ist es seit etwa einem halben Jahre gelungen, einen kleinen Kreis von Arbeitern für ihre Organisation zu gewinnen. Die Propagandisten der Betriebsorganisation treiben eine teure Hege gegen die Führer der Gewerkschaften, die sie als „Vertrauter“, „Gonnen“ und dergleichen bezeichnen, was meist Anklang findet. Die Mitglieder der Betriebsorganisation sind zum größten Teil auch Mitglieder der kommunistischen Arbeiterpartei, in deren Reihen ein Epibletum gezüchtet wird, mit dessen Hilfe die Arbeiterbewegung zu zersplittern bestrebt ist. Das Anhängern der Betriebsorganisation bewußt oder unbewußt Spießdienste leisten, bewies der Redner durch einen Fall, wo ein Anhänger der Betriebsorganisation der Spießzentrale „Deutsche Wirtschaftskräfte“ einen wahrheitswidrigen Bericht über eine Versammlung von Angestellten der Siemenswerke geliefert hat. Die Tätigkeit der Betriebsorganisation kommt einer

## Zersplitterung der Arbeiterbewegung

gleich. Diese Zersplitterung müssen wir systematisch bekämpfen. Wir können nicht etwas zulassen, was geeignet sein kann, unsere Stützkraft zu schwächen. Wir müssen den Anhängern der Betriebsorganisation erklären, daß sie sich durch ihre Treibereien außerhalb der freien Gewerkschaften stellen. Es ist bezeichnend, daß die Betriebsorganisation nicht in kapitalistischen Betrieben, sondern in der Konsumgenossenschaft, in der Allgemeinen Ortskrankenkasse, beim Magistrat in Berlin und Neudamm Boden gefast hat. Es ist ja leicht, mit der Propagierung niedriger Beiträge Käufer einzufangen, wenn man ihnen sagt: Seht doch eure Bonaes, die Diaböuche, die sich von euren Geldern mästen. (Zuruf: Rühnstraße, — Heiterkeit.) Wenn die Betriebsorganisation so stark werden könnte wie die freien Gewerkschaften sind, dann würden wir sehen, wie sich bei ihnen das „Gongenium“ entwickeln würde. Wir können den Betriebsorganisationen gegenüber keine abwartende Haltung einnehmen, sondern wir müssen sie bekämpfen und die Arbeiter darüber aufklären, daß nur die zentralisierten freien Gewerkschaften für sie in Frage kommen. (Lebhafter Beifall.)

Der zweite Referent Richard Müller brachte den Zwischenruf „Rühnstraße“ damit in Verbindung, daß ihm in einem Artikel des „Vorwärts“ am Mittwoch nachgesagt worden sei, er habe doppelte Gehälter bezogen. Die Angaben des „Vorwärts“ seien von Anfang bis zu Ende Schwindel. Es sei nicht wahr,

daß Brendel berichtet habe, er, Müller, habe doppelte Gehälter bezogen. Mit dieser Verleumdung verhalte es sich ebenso wie mit den früher vom „Vorwärts“ gegen Plumenthal, Ebert und Malzahn verbreiteten Verleumdungen, die durch Schiedsgerichte als Schwindel festgestellt worden seien. — Zur Sache übergehend erklärte sich Richard Müller als Gegner der Betriebsorganisation und sagte, wer einer solchen angehöre, der habe aus der freien Gewerkschaft ausgetreten. Weiter vertrat der Redner die bekannten, in seinen Kreisen herrschenden Anschauungen, die dahin gehen, mit den alten Methoden der Gewerkschaften müsse gebrochen werden. Die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Kriegspolitik und der ganzen Haltung der Gewerkschaften gebe den geeigneten Boden für Splittierungen und für die Agitation der Betriebsorganisation, die sich auf die kommunistische Arbeiterpartei stütze, in der Epibletum und Korruption an der Tagesordnung seien. Die Betriebsorganisation lasse sich nicht mit Gewalt bekämpfen. Man müsse den Angehörigen der Betriebsorganisation ebenso wie den Anhängern anderer von den freien Gewerkschaften abgesplitteter Organisationen die Rückkehr zur freien Gewerkschaft möglich machen und innerhalb derselben dafür wirken, daß sie das werden, was sie sein sollen und sie zu befreien von Karl Legien und Genossen. Der Kampf müsse geführt werden unter der Parole: Moskauer oder Amsterdam. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion, die eine sehr ausgedehnte war, drehte sich um die von Müller berührten Fragen. In der Gegnerschaft gegen die Betriebsorganisation waren alle Redner einig. — Ein Redner hielt Müller entgegen, daß die gewerkschaftliche Agitation nach dem Schema: Moskauer oder Amsterdam zu einer Spaltung der Gewerkschaften in solche der S. P. D., der U. S. P. D., der A. P. D. führen würde. — Auch Schmidt lehnte im Schlußwort die Parole: Moskauer oder Amsterdam ab und meinte zu der von Müller empfohlenen Beseitigung von Legien: Legien könne und solle nicht eher abtreten, als bis die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder mit ihm nicht mehr einverstanden sei, was noch nicht zutrefte.

## Einstimmige Annahme fand die folgende Resolution:

„Die am 1. September 1920 in der „Neuen Welt“ versammelten Funktionäre aller freien Gewerkschaften verurteilen auf das Schärfste die Gründung und Propaganda der Betriebsorganisationen. Sie erblicken darin eine gegen das Klasseninteresse aller Arbeitnehmer gerichtete Handlung, die geeignet ist, die Geschlossenheit und Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen.“

Die auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehenden Arbeitnehmer müssen die Betriebsorganisationen ablehnen, weil sie in ihrer Wirkung reaktionär sind, indem sie von der Führung des Klassenkampfes gegen das Gesamtunternehmertum ablenken. Die Anhänger der Betriebsorganisationen betreiben dadurch bewußt oder unbewußt die Geschäfte der Unternehmer.

Die Funktionäre der freien Gewerkschaften bekunden aufs Neue, daß sie an der Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung nicht rütteln lassen, und daß sie jede Zersplitterung und Querstreben mit den schärfsten Mitteln bekämpfen werden. Wer sich für die Betriebsorganisation betätigt, stellt sich damit außerhalb der freien Gewerkschaften.“

Zu den Ausführungen Richard Müllers über den „Vorwärts“ haben wir zu bemerken, daß die in dem Artikel „Eine Musterbilanz“ enthaltenen Tatsachen uns von durchaus zuverlässiger Seite mitgeteilt wurden. Die Behauptung, daß Richard Müller doppeltes Gehalt bezogen habe, und daß diese Handlungsweise von Brendel kritisiert worden sei, ist unserem Gewährsmann gegenüber aufgestellt worden von unabhängigen Mitgliedern der Berliner Gewerkschaftskommission, von denen eines die Richtigkeit der Angaben unterschrieben bestätigte. Vielleicht finden die Betroffenen, von denen einer nachweislich in der obigen Versammlung war und den Ausführungen Müllers über den „Schwindel“ des „Vorwärts“ nicht entgegentrat, nunmehr den Mut, öffentlich zu ihren Worten zu stehen.

Weiter hat Richard Müller behauptet, wir hätten früher über Plumenthal, Ebert und Malzahn gleichfalls verleumdende Behauptungen aufgestellt. Die damalige Notiz behandelte untorismäßige Zustände (Verweigerung der tarifmäßigen Zulage) in der von den Vorparananten gegründeten Druckerei. Die in der Notiz enthaltenen Tatsachen sind uns von zwei in der Druckerei beschäftigten gewesenen Buchdruckern — von denen einer eingeschriebenes Mitglied der U. S. P. ist — mitgeteilt worden. Die Zusammenfassung des von Müller erwähnten Schiedsgerichts und den von ihm beliebigen Umfang der Beweisaufnahme kennen wir nicht. Wenn im Schiedsgericht oder ebenso sachgemäß verfahren wurde, wie bei der von uns kritisierten Aufstellung der Abrechnung der Kätezentrale, so überlassen wir das Urteil über unsere „Verleumdungen“ getroist unseren Lesern.

## Achtung, Angestelltenräte!

Die Unternehmer sind emsig damit beschäftigt, Material zum Angriff zu sammeln, um zu beweisen, wie stark die Belastung der Betriebe mit „unproduktiven Ausgaben“ durch die Betriebsrätearbeiten sei. Wir dürfen diesen Bestrebungen der Unternehmer nicht tatenlos gegenüberstehen und sind deshalb verpflichtet, auch unter dieser Woche so schnell als möglich eine Umfrage zu veranstalten.

Wir haben daher an alle unsere Betriebs- und Angestelltenräte zwei Fragebogen versandt mit der Bitte um genaue Ausfertigung und Rücksendung bis spätestens 10. September. Wir wenden uns hiermit nochmals an alle Betriebs- und Angestelltenräte,

unserer Aufforderung bestimmt nachzukommen, um das wertvolle Material sammeln zu können. Sollten einige der IFA angeschlossene Betriebsräte noch keine Fragebogen von uns erhalten haben, so bitten wir, dieselben bei uns unverzüglich anzufordern. Arbeitgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Ortskartell Groß-Berlin.

## Löhnerhöhung in der Altmetallhandelsbranche.

Durch Verhandlungen zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband und der Kommission des Vereins Deutscher Metallhändler ist mit Wirkung vom 1. September 1920 ab ein neuer Lohnvertrag abgeschlossen worden. Es erhalten an Wochenlöhnen: Jugendliche Arbeiter von 16—18 Jahren bei Einstellung 120 M., bei halbjähriger Beschäftigung 138 M., bei einjähriger Beschäftigung 156 M.; Arbeiter über 18 Jahre in Gruppe 1 282 M., Gruppe 2 270 M., Gruppe 3 265 M. Schmelzer erhalten 5 Proz. Ergänzungslohn auf alle Löhne.

Deutscher Transportarbeiterverband. Angestellte aus den Verbandsabteilungen und Tattersch. Branchenversammlung am Freitag, den 3. Sept., abends 8 Uhr, bei Schulg. Am Köpenickerpark 2.

Band der technischen Angestellten und Beamten. Mittelber. versammlung am Freitag, den 3. September, Sadow, abends 7 Uhr im Reichsberger Hof, Reichsberger Straße 147. Schöneberg, abends 7 1/2 Uhr, Oberhof, Oberstraße 68. Neukölln, abends 7 1/2 Uhr, Bürgerläde, Bergstr. Zentrum-Säden, abends 7 1/2 Uhr im „Alexander“, Alexanderstr. 37. Oberkämpf, abends 7 1/2 Uhr im „Gubertus“, Gubertus, Ecke Waldstr. Potsdam, abends 7 1/2 Uhr im Wäldchenpark, Potsdam, Neubabelsberger Str.

# Wirtschaft

Ein ungarisch-französischer Wirtschaftsvertrag. „Daily Herald“ berichtet, daß ein Vertrag zwischen Ungarn und Frankreich abgeschlossen sei, der den französischen Finanzleuten die Kontrolle über die ungarischen Eisenbahnen und die hauptsächlichsten Industrien gibt.

Freiermähdigung für gebrannte Kalkprodukte. Die Verkaufsvereinbarung ostdeutscher Kalkwerke ermäßigte ab September die Preise für gebrannte Kalkprodukte um 18 M. pro Tonne.

Keine oberösterreichischen Kohlen für die Industrie. Die infolge des oberösterreichischen Streiks eingestellte Belieferung der Industrie mit oberösterreichischer Kohle ist von der alliierten Kommission noch nicht wieder freigegeben. Nur die deutschen Staatsbahnen erhalten Kohle aus Oberösterreich.

Die gemütlische Krise. Für die Unternehmer ist die Wirtschaftskrise, die zehntausende von Arbeitern erwerbslos gemacht hat, bisher recht glimpflich verlaufen. Zwar ergibt die Konjunkturstatistik, die von der Finanzzeitschrift „Die Bank“ geführt wird, ein Anschwellen der Konjunktur, bis zum Monat Juli, das überdies im August bereits wieder einem Rückgang Platz gemacht hat. In den einzelnen Monaten wurden eröffnet: im Mai 75, im Juni 108, im Juli 136, im August 129 Konjunktur. Es ist aber bekannt, daß große Unternehmungen durch die Wirtschaftskrise, die in einzelnen Gewerbezweigen schon halb überhanden ist, in den Strudel der Zusammenbrüche nicht hineingezogen wurden. Die Dividendenvorschläge der Gesellschaften, die jetzt ihre Abschlüsse herausbringen, zeigen, daß ein Aktionär trotz der lebhaften Klagen der Unternehmungen nicht der öffentlichen Gewerkschaftsfürsorge anheimzufallen braucht. In der Tat: eine gemütlische Krise für diejenigen, die auf den Produktionsmitteln sitzen und durch Betriebsstilllegungen oder Einschränkungen sich ihrer Verantwortung gegenüber dem Volksganzen leichtem Herzen entziehen. Die stillen Reserven glücklicher Kriegs- und Revolutionszeiten erlauben es ja!

Rangergebnisse der deutschen Seefischerei. Nach einer Aufstellung des Statistischen Reichsamts betrug das Fangergebnis für Juli 1920 in der Nordsee 12 216 267 Kilogramm im Werte von 27 870 733 M., und zwar in der Hauptfische Schellfisch. In der Ostsee war das Ergebnis 2 876 839 Kilogramm im Werte von 10 917 561 M.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Heute, 2. September:

Charlottenburg. 7 Uhr Versammlung der Elternräte bei Edmann, Scharenstraße 31. Referent: Genosse Dr. Kamenar.

Schöneberg. Karten für die fünf großen Revuekonzerte und für den Einführungabend von Richard Strauss-Konzert am 19. September, sowie zur Urania-Sondervorstellung am 3. Oktober sind durch die Abteilungsleiter noch zu haben bei Albrecht, Peter-Wilger-Straße 3.

Die Elternversammlung der 17. Abt. findet nicht in der Kaulenstraße sondern in der Turnhalle und Schulstraße, Hohenhofstraße, statt. Tagesordnung: Die hochschätzliche Zusammenlegung der Schulen 220, 227, 255, 281 während der Wintermonate.

### Morgen, 3. September:

Neukölln. 7. Abt. 7 1/2 Uhr bei Richter, Jüterbockerstr. 40: Funktionärsitzung. Wichtigste Tagesordnung. — 8. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ruppert, Kaiser-Friedrich-Straße, Ecke Kollagestraße: Funktionärsversammlung.

## Sport.

Ringkämpfe in der Schloßbrauerei Schöneberg. Der heutige Abend brachte als ersten Kampf die Remise zwischen Müller und De Souza. Müller hatte sich am heutigen Tage wiederum als Klasse gezeigt, indem er den Keger durch Schulterdrücken nach einer Stunde und 17 Min. zur Strecke brachte. Der Kampf Schwarz gegen Weber blieb durch Unstimmigkeiten der Polizeibehörde unentschieden. Heute findet der Entscheidungskampf zwischen Hodanus und Schwarz und Weber gegen De Souza statt.

Bericht für den redakt. Teil: Dr. Werner Beyer, Charlottenburg; für Kunstigen: Dr. H. H. Berlin. Verlag: Verlags-Gesellschaft G. m. b. H., Berlin. Druck: Schönlank-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Unveränd. 3.

## Ueberrauschtabak

100 Gr. 4.50, 5.25, 6. M. usw. Wandelt, Kolonnenstr. 54, II.

## Verkäufe

**Wegwaren!** Wollstoffe 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.

## Arbeitskräfte, Kleinfabrikanten und alle anderen

Arbeitskräfte, Kleinfabrikanten und alle anderen... (Text continues with various notices and advertisements for labor and small businesses.)

## Wiedel-Wedel, Porzellan

Wiedel-Wedel, Porzellan... (Text continues with advertisements for porcelain and other goods.)

## Brillanten Kleine Anzeigen

Brillanten Kleine Anzeigen... (Text continues with various small advertisements and notices.)

## Erbschaften, Gold, Silber

Erbschaften, Gold, Silber... (Text continues with advertisements for inheritance and precious metals.)

## Werbung, Platin, Gold

Werbung, Platin, Gold... (Text continues with advertisements for advertising and other services.)

## Werbung, Platin, Gold

Werbung, Platin, Gold... (Text continues with advertisements for advertising and other services.)

## Werbung, Platin, Gold

Werbung, Platin, Gold... (Text continues with advertisements for advertising and other services.)

## Werbung, Platin, Gold

Werbung, Platin, Gold... (Text continues with advertisements for advertising and other services.)

## Werbung, Platin, Gold

Werbung, Platin, Gold... (Text continues with advertisements for advertising and other services.)

## Werbung, Platin, Gold

Werbung, Platin, Gold... (Text continues with advertisements for advertising and other services.)

## Werbung, Platin, Gold

Werbung, Platin, Gold... (Text continues with advertisements for advertising and other services.)

## Werbung, Platin, Gold

Werbung, Platin, Gold... (Text continues with advertisements for advertising and other services.)

## Werbung, Platin, Gold

Werbung, Platin, Gold... (Text continues with advertisements for advertising and other services.)